

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

14.3.1929 (No. 62)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14

Karlsruher Zeitung

Verantwortlich für den redaktionellen Teil

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einb. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Der Reichshaushaltsplan vor dem Reichstag

Die Etatsrede des Reichsfinanzministers

SDS. Berlin, 14. März. (Tel.) Auf der Tagesordnung der Sitzung des Reichstags, die um 12 Uhr beginnt, steht die erste Beratung des Etats für 1929.

Reichsfinanzminister Dr. Hilsenring

nimmt sogleich zur Begründung des Etats das Wort: Die Hauptaufgabe bei der Aufstellung des Etats sei gewesen, völlige Klarheit über die finanzielle Lage des Reiches zu schaffen.

In den letzten Monaten hat sich die Kassenlage besonders verschlechtert, nicht zuletzt wegen der großen Arbeitslosigkeit. Die Situation ist zweifellos ernst, aber es gehört schon ein besonderes Maß verantwortungsloser Bismilligkeit oder völliger Unkenntnis der Lage dazu, diese Gelegenheit zu benutzen, um das Schreckbild der Inflation an die Wand zu malen.

Der Minister betont die Notwendigkeit, das Gleichgewicht im Haushalt aufrecht zu erhalten. Ein Defizit habe er unter allen Umständen vermeiden wollen.

Der Minister bespricht dann die Deckungsvorlagen. Die Kürzung der Steuerüberweisungen der Länder und der Steuerüberweisungen der Länder und Gemeinden sei angesichts des Zwanges der Reparationslasten gerechtfertigt.

Zum Schluß weist der Minister darauf hin, daß die verspätete Einbringung des Etats in erster Linie eine Folge der politischen Verhältnisse sei. Die Regierung habe deshalb einen Notetat eingebracht, um dessen Verabschiedung ich sie bitte.

Für die erste Lesung des Etats sind drei Tage in Aussicht genommen. Mit ihr soll, wenn möglich, die erste Lesung des Notetats verbunden werden. Am Dienstag soll dann die zweite Beratung des Nachtrags Etats folgen, so daß dieser Ende nächster Woche endgültig verabschiedet werden könnte.

Verlängerung der Lebensmittelnotstandstarife. Auf Antrag des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ist die Gültigkeitsdauer der Lebensmittelnotstandstarife für Getreide, Hülsenfrüchte, Mühlenenergieerzeugnisse, frische Feld- und Gartenfrüchte, ferner Obstfrüchte und Obstsaften, für Mohrrüben, Karotten, sowie Kohlrüben und Käse zur Verwendung im Deutschen Reich, sowie der Kartoffelausnahmetarife für frische Kartoffeln zur Verwendung in Deutschland, für getrocknete und gedörrte Kartoffeln zu Futterzwecken und für frische Kartoffeln zur Ausfuhr bis 30. November 1929 verlängert worden.

Für ein Zusammenwirken der österreichischen und deutschen Landwirtschaft auf dem Boden eines großen Wirtschaftsprogramms sprach man sich in einer in Wien abgehaltenen gemeinsamen Sitzung der Präsidenten landwirtschaftlicher Höperverschaften Österreichs mit den Vertretern des Deutschen Landwirtschaftsrats aus.

5 Jahre Gefängnis für Heines. Im Stuttgarter Fernememorandum wurde der Angeklagte Heines wegen Totschlags zu 5 Jahren Gefängnis, der Angeklagte Otto zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, der Angeklagte Fräbel wegen Beihilfe zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, der Angeklagte Baer zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Letzte Nachrichten

Die Gärung in Spanien

Erste Nachrichten

WVB. Paris, 14. März (Tel.) über die Stimmung in Spanien berichtet „Quobtien“ in einer Nachricht von der Grenze, daß gestern eine Erklärung der spanischen Universitätsprofessoren bekannt geworden sei, in der die Hochschullehrer sich mit der oppositionellen Haltung der Studenten vollständig solidarisch erklären.

Die Frage der Flottenverminderung

WVB. London, 14. März (Tel.) „Morning Post“ schreibt: Die Gerüchte über einen Beschluß Frankreichs und Großbritanniens, im Juni eine neue Seeabrüstungskonferenz einzuberufen, werden in gut unterrichteten Kreisen nicht ernst genommen.

Die Kämpfe in Mexiko

WVB. Mexiko, 14. März (Tel.) Biertausend Rebellen, die aus Saltillo geflohen waren, sind nach einer gestern abend eingetroffenen Meldung von den Regierungstruppen gefangen genommen worden.

Der neue Besatzungsskandal

Inerhörlie Zustände in den Truppenunterkünften

Einem Bericht aus Trier zufolge liegt die Ursache der Grippeepidemie in der geradezu erschreckenden Unsauberkeit und Verwahrlosung, die in den Unterkünften der Besatzungstruppen herrscht.

Über das Ergebnis der Besichtigungsreise einer Kommission unter Führung des Generals Petain berichtet aus der Pfalz, daß die Kommission ihr Ersauern über die schlechten sanitären Zustände in den Kasernen nicht verhehlt hat.

Die französischen Sozialisten gegen Painlevé

WVB. Paris, 14. März (Tel.) Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Faure, fordert im „Populaire“ in scharfem Ton den Rücktritt des Kriegsministers Painlevé wegen der zahlreichen Todesfälle unter den französischen Soldaten im Rheinland.

Trotzki erklärte in einem Interview in Konstantinopel, er habe zwar noch keine Antwort auf sein Gesuch, hoffe aber, die Einreiseerlaubnis nach Deutschland zu erhalten.

* Reichstag, Etatberatung, Herr Stresemann

Das deutsche Reichsparlament trat heute zusammen. Und zwar wird es sich sofort mit dem Reichsetat zu beschäftigen haben. Der Etat ist diesmal bekanntlich sehr spät an das Parlament gelangt.

Offenbar ist der Reichsfinanzminister bereit, auch neuen vernünftigen Vorschlägen, die aus der Mitte des Hauses und den Parteien kommen, sein Gehör zu schenken. Ebenso wird er wohlüberlegten Sparvorschlägen sicherlich zustimmen.

Was die Steuerentlastungen anlangt, so wird der Reichsfinanzminister wohl auch hier vernünftigen Vorschlägen seine Zustimmung nicht versagen. Die Hauptsache ist nur die, daß solche Vorschläge auch wirklich gemacht werden.

Die Deutsche Volkspartei hatte in letzter Zeit ein Sparprogramm angekündigt. Erschienen ist es bis jetzt nicht. Dagegen hat der Hansabund ein ziemlich ausführliches Sparprogramm veröffentlicht, nach welchem am Etat für 1929 rund 490 Millionen gestrichen werden könnten.

Wie werden sich nun die Parteien im Parlament bei der Etatberatung und bei der Beratung der Deckungs- und Steuervorlagen verhalten? Bei den Sozialdemokraten und bei den Deutsch-Demokraten nimmt man an, daß die Deutsche Volkspartei bei den Steuervorlagen nicht positiv mitarbeiten wird.

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang eine Aufforderung, die jetzt von führender demokratischer Seite an Herrn Stresemann gerichtet wird, aus der Deutschen Volkspartei auszutreten und sich den Demokraten anzuschließen.

den Eindruck hervorrufen, daß Herr Stresemann seine Partei nicht mehr hinter sich hat. So lag es nahe, daraus bestimmte Konsequenzen zu ziehen; und bei der Demokratischen Partei scheint man mit der Möglichkeit solcher Konsequenzen zu rechnen. Würde die Aufforderung angenommen werden, dann würde damit die Demokratische Partei an Ansehen und Einfluß gewinnen, während ein Austritt des Herrn Stresemann für die Deutsche Volkspartei wohl, so ziemlich das Schlimmste wäre, was ihr passieren könnte.

Sehr bejorgt um diese Dinge zeigen sich übrigens die Deutschnationalen. So schreibt zum Beispiel die „Süddeutsche Zeitung“ zu der Aufforderung: „Solche Zumutungen in so beleidigender Form sind uneres Wissens bisher in der Geschichte des deutschen Parteiwesens noch niemals an einen Parteiführer gestellt worden. Wieder fragt man sich, was berechtigt diese Aufdringlichen und Annahmenden zu dieser Sprache? Die Antwort kann nur Dr. Stresemann selbst geben, denn in Ehrensachen gibt es keine Stellvertretung.“ Diese Zeilen verraten dem Kundigen deutlich genug, daß auch der Deutschnationalen Volkspartei gar nicht wohl zumute wäre; wenn Herr Stresemann in aller Form der Deutschen Volkspartei Lebewohl sagte. Und doch könnte die Entwicklung dann unter Umständen einen Weg einschlagen, der den Deutschnationalen recht angenehm sein müßte: der rechte Flügel der Deutschen Volkspartei könnte ganz nahe an die Deutschnationalen heranrücken.

Im Jahre 1928 wurden etwa 300 000 Wohnungen gebaut

In 92 berichtenden Groß- und Mittelstädten war nach dem Statistischen Reichsamt der Neuzugang an Wohngebäuden mit 80 261 um 12 Prozent größer als im Vorjahr, wo der Neuzugang in den Großstädten größer war als in den Mittelstädten. Nach einer Zusammenstellung des preußischen Wohlfahrtsministeriums wurden 1928 in sämtlichen Gemeinden-Preußens etwa 185 500 Wohnungen, ohne Umbauten, gegenüber 178 200 Wohnungen im Vorjahre fertiggestellt. Auf Grund der preußischen Angaben und des Ergebnisses der monatlichen Ermittlungen in sämtlichen Groß- und Mittelstädten kann man schätzungsweise annehmen, daß der gesamte Neuzugang an Wohnungen im Deutschen Reich sich 1928 auf etwa 300 000 belaufen dürfte. Damit ist nicht nur der laufende Bedarf, sondern auch ein Teil des Fehlbedarfs gedeckt worden. Ein Ergebnis, das man für 1928 nicht erwartet hatte.

Zur Mittelmeerfahrt des „Graf Zeppelin“

Die nunmehr feststeht, wird der „Graf Zeppelin“ bestimmt am 25. März die schon längere Zeit geplante Mittelmeerfahrt antreten. Es ist geplant, zunächst westlichen Kurs einzuschlagen, und zwar dürfte die Route der Rhône entlang nach Marseille, von dort nach der Riviera gehen. Möglicherweise wird auch Rom und Neapel, unter Umständen auch Korfu und Sardinien angefliegen werden, von wo aus man über die Straße von Messina hinweg zur afrikanischen Küste gelangen will. Im weiteren Verlauf der Fahrt soll Krete angesteuert werden, von wo aus ein Absteiger nach Palästina (Jerusalem) gemacht werden soll. Der Rückflug geht wahrscheinlich über Konstantinopel, Bagdad, Saloniki, Athen, Belgrad, Budapest und Wien. Die Fahrt soll 4 Tage dauern; die Rückkehr des Luftschiffes nach Friedrichshafen ist demnach am Karfreitag vorgesehen.

An der Fahrt nehmen u. a. teil: Reichstagspräsident Lobe, der preussische Ministerpräsident Brauns, Staatspräsident Dr. Bais, ferner die Gräfin Brandenstein-Zeppelin und die englische Journalistin Lady Drummond-Gay. Dem Reichstagspräsidenten Lobe wurden im ganzen drei Kläpse zur Verfügung gestellt; wer außer ihm selbst noch davon Gebrauch macht, steht noch nicht fest.

Für die erste Fahrt nach Amerika in diesem Jahre, die auf etwa 10. Mai angelegt worden ist, tritt das Sapag-Delagewuchungsabkommen, wonach die Sapag die Wuchungen für die Passagierkabinen des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ übernimmt, erstmals in Kraft. Für diese Fahrt sind der Sapag zunächst 12 Betten zum Preise von 2000 Dollar für jede Woche zur Verfügung gestellt worden.

Bei dem Versuch, den von Major Segrave dieser Tage aufgestellten Schnelligkeitsrekord zu überbieten, verlor der amerikanische Automobilfahrer Lee Noble in Florida, als er eine Stundengleichwindigkeit von 325 Stundenkilometer erreicht hatte, die Herrschaft über seinen Rennwagen und verunglückte tödlich.

Durch Feuer wurden in einem Flugzeugschuppen auf dem Curtisfeld bei New York 20 Seeflugzeuge zerstört.

Professor Einstein, der berühmte deutsche Mathematiker und Physiker feiert seinen 50. Geburtstag. Der Reichskanzler hat an ihn ein Glückwunschtelegramm geschickt, in dem es heißt: „Mit Stolz blickt Deutschland auf seinen großen Gelehrten, der für die deutsche Wissenschaft und Forschung Ruhm erworben hat.“ Der durch seine Relativitätstheorie und neuerliche wissenschaftliche Problemlösungen berühmt gewordene Gelehrte ist am 14. März 1879 in Ulm geboren. Schon wenige Wochen nach seiner Geburt zog die Familie nach München, wo sich der Vater mit seinem Bruder Jakob zusammenschloß und ein Installationsgeschäft betrieb. Dort besuchte Einstein das Luitpoldgymnasium. Die Stadt Berlin hat Professor Einstein in Neu-Gradow in dem zur Zeit von Herrn von Zechau bewohnten Einfamilienhaus ein Wohnrecht auf Lebensdauer eingeräumt.

Der neue Gedenkstein für Joh. Heinrich Voh. Auf dem Bergfriedhof in Heibelberg ist jetzt der neue Gedenkstein für den Dichter Johann Heinrich Voh aufgestellt, als getreue Kopie des alten verwitterten Denkmals.

Einigung zwischen den beiden führenden Tonbildfilmgruppen. Die seit langem erhoffte Einigung zwischen den beiden führenden Tonbildfilmgruppen Europas ist in Berlin zum Abschluß gekommen. Die Klangfilmgesellschaft der A.G.S. Siemens-Gruppe hat sich mit dem Tobis-Konzern auf allen in Betracht kommenden Gebieten zu gemeinsamer Arbeit zusammengeschlossen. Damit ist eine Konzentration entstanden, in der die wichtigsten Patente und Erfahrungen auf dem Gebiete des Tonbildfilms vereinigt sind, zugleich eine der stärksten Produktionsgruppen, über die Europa verfügt.

Frostperiode und Güterverkehr

Die nun hoffentlich überwundene lange Frostperiode legte ein wichtiges Verkehrsmittel, die Schifffahrt, lahm, die sonst zusammen mit der Eisenbahn das Verkehrsbedürfnis Deutschlands befriedigt. So fiel, wie fast in allen europäischen Ländern, auch in Deutschland in diesem Winter die gesamte Verkehrslast den Eisenbahnen zu. Was das bedeutet, kann man aus den Verkehrsmengen ersehen, die auf die beiden Verkehrsmittel (Eisenbahn und Schifffahrt) entfallen. Insgesamt werden jährlich 598 Millionen Tonnen in Deutschland befördert. Davon entfallen normal auf die Eisenbahnen 484 Millionen, auf die Wasserstraßen 102 Millionen Tonnen. Die Wasserstraßentransporte werden durchschnittlich in zehn Monaten abgewickelt. Da in dem strengen Winter die Wasserstraßen über den Durchschnitt hinaus fast zwei weitere Monate nicht schiffbar waren, müßten $2 \times 10,2 = 20,4$ Millionen Tonnen zur Beförderung auf die Eisenbahnen übergegangen sein. Rechnet man davon etwa 25 Proz. der Verkehrsmengen ab, die wegen Stagnation des Wirtschaftens durch die Frostperiode ausfielen, so hatten die Eisenbahnen immer noch 15,3 Millionen Tonnen Mehrverkehr zu bewältigen.

Wie sich die Lahnlegung der Schifffahrt auf dem Rhein im Reichsbahndirektionsbezirk Karlsruhe bis jetzt auswirkte, sei an einigen Zahlen gezeigt. Während die Umschlagsmengen von Schiff auf Bahn und umgekehrt in sonstigen Jahren bei ungehinderter Schifffahrt im Monat Februar jeweils größer waren, als im Januar betragen die von Schiff auf Bahn umgeschlagenen Güter in den Rheinischen Mannheim, Karlsruhe und Rast im Februar 1928 insgesamt 245 819 Tonnen weniger als im Januar 1928. In den gleichen Häfen ging der Umschlag von Bahn auf Schiff im Februar gegenüber Januar 1928 um 21 869 Tonnen zurück. Der größte Teil dieser Umschlagsgüter, die für den Wasserweg bestimmt waren, wurde auf dem Schienenweg weiterbefördert. Der Versand durch Bahn aus den Lagerbeständen der genannten Rheinhäfen war im Februar um insgesamt 181 948 Tonnen größer als im Januar 1928.

Wie haben sich nun die Eisenbahnen Deutschlands mit der Mehrbelastung dieses Winters abgefunden? Naturgemäß wurde auch der Eisenbahnverkehr durch die außergewöhnliche Kälte stark behindert. Es muß aber anerkannt werden, daß die deutschen Eisenbahnen dennoch Tag für Tag ohne bemerkenswerte Störungen ihren Betrieb aufrecht erhalten haben, während die umliegenden Länder, wie Tschechoslowakei, Polen, Belgien und Holland, starke Einschränkungen in ihrem Güterverkehr vornehmen, ja sogar manche Strecken stilllegen mußten. Zu dem durch die Kälte an und für sich schon erschwerten Verkehr kam das Mehr aus der stillgelegten Binnen-Schifffahrt, das mitbewältigt werden mußte, und zwar mit dem gleichen Fahrzeugpark, der bei normaler Witterung umrollt, wenn die Schifffahrtsstraßen offen sind. Wie diese Mehrbelastung sich auswirkte, zeigt eine Gegenüberstellung des diesjährigen Verkehrs im Ruhrgebiet, dem Hauptwirtschaftsgebiet Deutschlands, zu dem früheren Jahre. In den Februarmonaten der Jahre 1924 bis 1926 wurden im Ruhrgebiet für Kohle und Koks durchschnittlich täglich 23 000 Wagen gestellt. Im Februar 1927 betrug die tägliche Wagenstellung rund 27 000 Wagen. Sie bewegte sich auch im Februar 1928, wo die Schifffahrt ebenfalls nicht behindert war, auf der gleichen Höhe. Schon im Januar 1928 wurden durchschnittlich 29 000 Wagen gestellt. Im Februar stieg die Wagenstellungszahl auf 30 000, 33 000 und am 22. Februar sogar auf 36 836 Wagen. Das ist eine Zahl, die um 8000 Wagen über den sonst üblichen Wagenstellungszahlen im Ruhrgebiet liegt, und sogar die Höchstwagenstellung, die jemals erreicht worden ist, übersteigt. Damit haben die deutschen Eisenbahnen und insbesondere die Reichsbahn, als Haupttrieb, dem in sie gelegten Vertrauen auf Erfüllung des gesamten deutschen Verkehrsbedürfnisses vollumfänglich entsprochen, obwohl auch sie wegen der ungünstigen Witterungsverhältnisse mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, die aber dank der hingebungsvollen Arbeit ihres Personals überwunden werden konnten. Die volle Bedienung des hohen Wagenbedarfs wurde allerdings dadurch erschwert, daß die Wagen vielfach wegen des Frostes nicht rechtzeitig entladen wurden und daher zu lange umliefen. Um darin Wandel zu schaffen, hat die Reichsbahn das Wagenstandgeld vorübergehend auf das Fünffache erhöht, eine Zwangsmahnahme, die nach wenigen Tagen wieder aufgehoben werden konnte. Die Reichsbahn hatte das Betreiben, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Leerwagen bestmöglich den Bedarfgebieten zugeführt werden, um den Wünschen der Verfrachter, die zum Teil sonst Kunden der Schifffahrt sind, gerecht zu werden, und um allgemein in Deutschland die Verkehrsbedürfnisse dieses frostreichen Winters zu bewältigen, auch ohne daß die Schifffahrt arbeitet.

Betrachten wir die Auswirkungen dieses Winters vom verkehrspolitischen Standpunkt, so können wir an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß die Eisenbahnen als einziges Verkehrsmittel dem Verfrachter ganzjährig zur Verfügung stehen, während die Wasserstraßen durch Frost, niederen Wasserstand oder Hochwasser monatelang ausfallen können. Wenn dies auch zu keinen Rückschlüssen auf das bestehende Binnenwasserstraßen-Netz führen soll, so ist doch die Frage aufzuwerfen, ob es richtig ist, noch heute bei den ganz besonders angespannten Finanzverhältnissen des Reichs Mittel für neue Wasserstraßen auszuwerfen. Jedenfalls werden die mit solchen Geldern gebauten Wasserstraßen den Verfrachtern keine Gewähr dafür geben, daß die auf sie gelegten Frachten auch mit Bestimmtheit das ganze Jahr hindurch befördert werden können. Je mehr Kanäle und Schifffahrtsstraßen aber gebaut werden, und je mehr Massengut dadurch der Eisenbahn entzogen wird, um so geringer muß der Wagenpark sein, den sie zur Bedienung des ihr verbleibenden Verkehrs vorhält. Die Reichsbahn würde aber mit einem verringerten Wagenpark künftig nicht in der Lage sein, den gesamten, von den Wasserstraßen nicht bedienten Verkehr, wie in diesem Jahre aufzunehmen. Die Schäden, die sich für die Volkswirtschaft daraus ergeben, wären unüberschaubar.

Das Reichsverwaltungsgericht. Der Entwurf eines Gesetzes über das Reichsverwaltungsgericht ist so weit gefördert worden, daß er in kürzester Zeit der Reichsregierung zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann. Es ist beabsichtigt, danach in Verhandlungen mit den Ländern wegen der Übernahme der Geschäfte ihrer obersten Verwaltungsgerichte auf das künftige Reichsverwaltungsgericht einzutreten.

Der deutsch-südafrikanische Handelsvertrag wurde im südafrikanischen Senat mit 20 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Im Befinden des Marschalls Foch ist ein Rückschlag eingetreten.

Der italienische Ministerrat billigte die Verträge Italiens mit dem Vatikan.

Das Rücktrittsgesuch des Generals J. D. Nobile ist, wie aus Rom gemeldet wird, angenommen worden.

Ermordung des Generals Tschutsing. Der ehemalige Kriegsminister Tschutsing wurde in der japanischen Konzeptionszone von Tientsin ermordet. Er war des Zusammenarbeitens mit Tschangschungschang beschuldigt.

Enthüllungen — Dokumentendiebstahl

Holland und Belgien — Polnische Geheimdokumente

Die Utrechter Enthüllungen, wonach militärische Geheimverträge zwischen Frankreich, Belgien und England bestanden, die sich gegen Deutschland und Holland richteten, kommen nicht zur Ruhe, obwohl sich der bekannte Frank-Deine, eine dunkle Persönlichkeit, als Fälscher der Dokumente bekannt hat.

Das „Utrechtsche Dagblad“ erklärt dazu neuerdings, daß die belgische Regierung die formelle Echtheit zugegeben habe. Die Dokumente seien, wie sich aus der belgischen Regierungserklärung ergibt, auf belgischem Staatspapier gedruckt und in den Regierungsbüros angefertigt. Selbst angenommen, daß sie gefälscht seien, muß man sich doch fragen, was für Absichten bestanden, wenn ein gefälschtes Dokument dieses Inhalts aufgedeckt werden konnte. Die Angriffspläne Belgiens gegen Holland sind indessen, selbst wenn man glaubt, daß das Dokument gefälscht ist, durch die Veröffentlichung enthüllt worden, und damit haben wir die Luft für eine aufrichtigere Verständigung der beiden Länder gesäubert.

Nach einer Meldung des Berliner „Vorwärts“ aus Brüssel wurde bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung der Sekretärin des flämischen Journalisten Hermans ein Mobilisierungsplan des belgischen Heeres, der aus dem dritten Büro des Generalstabs stammt, gefunden. Nach einer anderen Meldung sollen die Dokumente durch Diebstahl aus dem Kriegsministerium entfernt und in den Besitz Hermans gekommen sein. — Möglicherweise will man mit den Anschuldigungen gegen Hermans die Flamenbewegung schädigen.

Dieser Tage wurden aus einer polnischen Geheimentschrift über Danzig Mitteilungen gemacht. Von polnischer Seite wird dazu erklärt, der veröffentlichte Text sei zum großen Teil aus vielen Erklärungen, Kundgebungen und Artikeln maßgebender polnischer Persönlichkeiten zusammengesetzt. Verschiedene Grundgedanken der Dankschrift entsprächen daher den Grundlinien der polnischen Politik Danzigs gegenüber. Dagegen hätten andere in der Dankschrift angeführte Gedanken, wie z. B. die Einführung der polnischen Währung gegen Klärung der Westerpunkte und die Verdrängung des deutschen wirtschaftlichen Einflusses mit der polnischen Politik nichts zu tun.

Die Berliner kommunistische „Rote Fahne“ machte Mitteilungen aus einem „Geheimbericht über die polnische Armee“, die von dem französischen General Le Rond stamme. Le Rond übt an der Schlagfertigkeit der polnischen Armee scharfe Kritik. Er führt u. a. aus: „Die polnische Armee in ihrer gegenwärtigen Verfassung ist nicht fähig, in einem Krieg gegen Truppen von der Kraft der russischen oder der deutschen Reichswehr ihren Mann zu stehen, obwohl letztere zahlenmäßig durchaus unterlegen ist. Jede offensive Bewegung, die die polnische Armee auf russischem Gebiet unternehmen wird, könnte mit einer Katastrophe enden.“

Von wem wird Deutschland regiert?

Die nachstehende Übersicht zeigt, daß in Deutschland auf dem Reich 10 von 17 deutschen Ländern einem Sozialdemokraten die Leitung der Regierungsgeschäfte anvertraut haben:

Regierungschef:	In der Regierung sind beteiligt:
Reich	Sozialdem. Soz., Dem., D. Rp., D. P.,
Preußen	Sozialdem. Soz., Dem., Zentr.
Hessen	Sozialdem. Soz., Dem., Zentr.
Braunschweig	Sozialdem. Soz., M. Unterf. d. Komm.
Anhalt	Sozialdem. Soz., Dem.
Mecklenb.-Schwerin	Sozialdem. Soz., Dem., Mieter.
Mecklenb.-Strelitz	Sozialdem. Soz.
Schaumburg-Lippe	Sozialdem. Soz., Dem., D. Rp.
Lippe-Deimold	Sozialdem. Soz., Dem., D. Rp.
Lübeck	Sozialdem. 6 Soz., 6 Bürgerl.
Sachsen	Altkommunist. D. M., D. Rp., W., Dem.,
	Altsoz., Aufw.
Bayern	Bayer. Rp. D. Natl., D. Rp., D. P.,
	Bauernbund
Württemberg	Zentrum D. Natl., Zentr.
Baden	Zentrum Soz., Dem., Jtr.
Hamburg	Demokrat Soz., Dem., D. Rp.
Thüringen	Demokrat Dem., D. Rp.
Odenburg	N. Parteim. D. Parteibindung
Bremen	N. Parteim. Soz., Dem., Bürgerblod

Nur in Bayern, Württemberg und Thüringen ist die Sozialdemokratie nicht an der Regierung beteiligt.

Was ist die offizielle Sprache im Vatikan?

„Giornale d'Italia“ schreibt: Jedesmal wenn der Papst eine Ansprache hält oder ein Schriftstück verfaßt, so fragt man sich, in welcher Sprache er dies tut, d. h. ob er die italienische oder lateinische Sprache anwenden wird. Die offizielle Sprache der Kirche ist das Latein. Mit der Errichtung des neuen Kirchenstaates wird das Latein also zur Staatssprache, und es wird folglich offiziell nicht mehr länger eine tote Sprache bleiben. Natürlich wird auch weiterhin in der Vatikanstadt italienisch gesprochen werden. Die diplomatischen Mitteilungen werden in französischer und italienischer Sprache erfolgen. Bei den Empfängern im Vatikan werden sich die Besucher des lateinischen, italienischen oder französischen bedienen. Der Papst hat die Weisung erlassen, daß die Angehörigen der vatikanischen Büros eine der folgenden Sprachen kennen müssen: Französisch, Deutsch, Englisch, Spanisch oder Portugiesisch.

Kleine Chronik

In Bamberg wurde der Hilfsbetriebsassistent Schmitt, der im Sommer 1928 das Ruggendorfer Eisenbahnunglück verschuldet hatte, bei dem 9 Personen verletzten und 1 Kind getötet wurde, zu drei Monaten Gefängnis mit bedingtem Straferlaß bis 1932 verurteilt.

Bei Kassel wurde auf der Landstraße ein arbeitsloser Handwerksbursche, der sich einer Varenführergruppe als Gehilfe angeschlossen, von einem Wägen, den er führte, so furchbar zugerichtet, daß er in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Der 60jährige Superintendent Dr. Buchholz aus Treuenbriegen hat sich in den Abortanlagen des Dessauer Bahnhofs erschossen.

Im Fall Jatusowitsch hat die Staatsanwaltschaft nach Abschluß der Voruntersuchung gegen die Brüder Rogens und Genossen, nunmehr Anklage erhoben. Die Anklage lautet auf Mittäterschaft am Morde. Voraussetzungen sind die Verhandlung gegen die fünf Angeklagten, unter denen sich auch die Mutter der Brüder Rogens, die Großmutter des ermordeten kleinen Ewald Rogens, befindet, in der ersten Hälfte des Juni d. J. vor dem Schwurgericht in Neustrelitz stattfinden.

Auf Grube „Maria“ in Ostrowa (russ. Donezgebiet) fürzte ein vollbesetzter Förderkorb ab. 27 Bergarbeiter wurden verletzt.

Badischer Teil

Die badische Verfassungsfeier

Die Verfassungsfeier aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der badischen Verfassung am Donnerstag, 21. März, abends 8 Uhr, muß zu einer mächtvollen Kundgebung für den republikanischen Staatsgedanken werden. In unserer schnelllebenden Zeit vergißt man nur zu gerne das hinter uns liegende, darum sind Erinnerungstage wohl begründet, an denen wir zurückzublicken auf die Vergangenheit. Die Schöpfung der neuen badischen Verfassung hat dem Lande Baden nach stürmischen Revolutionstagen wieder Ruhe, Ordnung und gesetzmäßige Zustände gebracht, ohne die ein staatliches Leben und eine gesunde Wirtschaft nicht denkbar sind. Daher haben die Staatsbürger allen Grund am 21. März an der geplanten Verfassungsfeier recht zahlreich teilzunehmen und damit ihrerseits die hohe Wertung und Achtung der Staatsverfassung zu bekunden.

Keine Überfremdung des Grund- und Hausbesitzes in Baden

R.M. In den ersten Jahren nach der Währungsstapeltrophe hatte es den Anschein, als ob das Ausland, besonders die Schweiz, Elsaß-Lothringen und Amerika dem badischen Grund- und Hypothekensmarkt ihr besonderes Interesse zuwenden. Anlässlich einer Umfrage des Badischen Justizministeriums bei den Notariats- und städtischen Grundbuchämtern wurde festgestellt, daß sich unter den Käufern von Grundstücken im Jahre 1921 insgesamt 243 Schweizer, 157 Elsaß-Lothringer, 96 Amerikaner und 86 sonstige Ausländer befanden. In der Stadt Konstanz machten im ersten Halbjahre 1922 die Eigentumsübergänge an Ausländer über ein Viertel aller Überträge überhaupt aus; in Freiburg betrug dieser Anteil der Ausländer 21,7 Proz., in Lörrach 17,3 Proz., in Mannheim 17,2 Proz. usw. Von den 1793 im ersten Halbjahre 1922 neu aufgenommenen Hypotheken entfielen auf Ausländer 115, d. h. rund 6,3 Proz.

Bis zum Ende der Inflation ist erfahrungsgemäß die Zahl der von Ausländern getätigten Grundstückskäufe noch bedeutend gestiegen. Immerhin kann man auch heute noch nicht von einer Überfremdung des Grund- und Hausbesitzes in Baden sprechen, wie die folgenden, dem Buch „Wohnungszählung und Wohnungsbau in Baden“, Karlsruhe 1920 entnommenen Zahlen zeigen. Anlässlich der Reichswohnungszählung vom Mai 1927 wurden in den badischen Gemeinden mit 5000 und mehr Einwohnern auch die Grundstücke und Wohngebäude, die sich im Eigentum von physischen oder juristischen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit oder mit Sitz im Ausland befinden, ermittelt. Von den 74 897 bebauten Grundstücken in den genannten Gemeinden befinden sich 1245 im Besitz von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, 154 im Besitz von juristischen Personen mit Sitz im Ausland. Im ganzen waren also nicht 2 v. h. der bebauten Grundstücke dieser Gemeinden in Händen von Ausländern. Von den 1245 bebauten Grundstücken im Eigentum physischer Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit gehörten 526 Schweizern, 193 Franzosen (vorwiegend Elsaß-Lothringer) und 189 Amerikanern. Erheblich geringer ist der Anteil der Österreicher (73), Polen (51), Holländer (46) und Italiener (45).

Bagelschäden und Hagelversicherung in Baden im Jahre 1928

St.M. Nach Zusammenstellung der bei den Bezirksämtern eingelaufenen und vom Statistischen Landesamt geprüften und bearbeiteten Meldungen und Schadensberichten der Bürgermeisterämter sind im vorigen Jahr im Lande Baden an 25 Tagen über insgesamt 180 Gemeindegemeindungen Hagelwetter niedergegangen, die auf einer Gesamtfläche von 26 180 Hektar im ganzen einen Schaden von rund 4 023 000 M verursachten. Der Hauptanteil an Fläche und Schadensbetrag entfällt wiederum auf den Monat Juli mit 11 Hageltagen, 13 530 Hektar geschädigter Fläche und 2 705 700 M Schadenssumme; im August wurden an 4 Tagen 6675 Hektar betroffen (Schadenssumme 781 600 M). Der Rest mit 10 Tagen — 4975 Hektar Fläche und 535 700 M Schadenssumme — verteilt sich auf die Monate April, Mai, Juni und September.

Von den 40 badischen Amtsbezirken sind 12 ohne Hagelschäden durchgekommen, nämlich Bretten, Bruchsal, Bühl, Ettlingen, Heilbrunn, Konstanz, Müllheim, Oberkirch, Schopshaus, Sinsheim, Staufen und Wiesloch. Unter den übrigen vom Hagel betroffenen 28 Bezirken steht Tauberbischofsheim an erster Stelle mit 955 000 M; es folgen: Buchen 895 000 M, Freiburg 824 000 M, Donaueschingen 244 000 M, Wertheim 228 000 M, Rheinfelden 210 000 M, Mannheim 149 000 M, Neustadt 135 000 M, Weinheim 109 000 M, Rastatt 103 000 M, Reichartshausen. In den restlichen 18 Bezirken blieben die Gesamtschadensbeträge jeweils unter 100 000 M.

Den schwersten Schaden brachte der 4. Juli v. J. mit 1 271 000 M über 7836 Hektar Kulturland. Sehr beträchtlich war noch der Schaden am 4. August mit 749 000 M und am 15. Juli mit 528 000 M. Am Gesamtschaden (4 023 000 M) sind beteiligt: Getreide- und Hülsenfrüchte mit 71,5 Proz., Weizen mit 11,9 Proz., Gestrüch mit 5,6 Proz., Futterpflanzen mit 4,2 Proz., Obstbäume (und Obst) mit 2,9 Proz. Der Rest mit 8,9 Proz. entfällt auf Handelsgewächse und Wiesen.

Im Jahr 1928 wurden in Baden von der Norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft, ferner von der Hagelversicherungsgesellschaft Ceres und von der Hagelversicherungsgesellschaft für Gärtnereien (sämtliche in Berlin) Versicherungen im Gesamtbetrag von 57 755 734 M abgeschlossen (davon allein von der „Norddeutschen“ 55 284 734 M). Im Lauf des Jahres 1928 wurden von den genannten 4 Gesellschaften Schadenssummen im Gesamtbetrag von 1 152 735 M (von der „Norddeutschen“ allein 1 090 802 M) ausbezahlt.

Aus der badischen Industrie

D3. Baiertal (N. Wiesloch), 13. März. Der Stillstand der Porzellanindustrie macht sich empfindlich bemerkbar. Das Hauptkontingent der Erwerbslosen betreibt die Zigarrenindustrie mit 130 Leuten. Von den hiesigen Firmen arbeiten nur die Firma Mayer und die Firma Berger & Söhne voll. Andere Firmen arbeiten mit eingeschränktem Betriebe. Die Fabriken Gebr. Witten, Stuttgart, und Ehrhardt, Leimen, liegen gegenwärtig völlig still. Die Zahl der Erwerbslosen beträgt 340.

Id. Steinen (bei Lörrach), 14. März. Die schlechte Wirtschaftslage innerhalb der Textilindustrie hat die Spinnerei und Weberei Steinen zu wesentlichen Arbeitseinsparungen gezwungen. Es wurden vierwöchige Feiertage eingelegt, so daß ein Teil der Arbeiter immer vier Wochen arbeitslos ist, während der andere arbeiten kann. Mehrere seit vielen Jahren im Betrieb gewesene Arbeiter mußten bereits entlassen werden.

Die Lohnbewegung in der Mannheim-Ludwigshafener Metallindustrie

Aber den von metallindustrieller Seite gestellten Antrag auf unbedingte Weitergeltung des bisherigen Lohnabkommens haben am Mittwoch in Mannheim die beiderseitigen Verhandlungskommissionen verhandelt. Trotz eingehender Begründung des gestellten Antrages durch die Unternehmer haben aber die Metallarbeiterverbände an den von ihnen aufgestellten Gegenforderungen auf Erhöhung der Löhne mit allem Nachdruck festgehalten. Die mehrstündigen Verhandlungen mußten daher schließlich, nachdem die Möglichkeit einer freien Verständigung aussichtslos erschien, als ergebnislos beendet werden. Die Schlichtungsinstanzen werden nunmehr in Tätigkeit zu treten haben.

Badische Naturweinverkügerung

Der Verein badischer Naturweinverkügerer brachte am 12. März in Mannheim auf seiner ersten diesjährigen Versammlung naturreiner badischer Weine rund 90 Nummern zum Ausbebot. Als Verkügerer waren 11 Weingutsbesitzer, Wingervereinigungen und Verwaltungen als Mitglieder des Vereins badischer Naturweinverkügerer beteiligt. Die Verkügerung erreichte sich eines guten Besuchs.

Die Auktion war im allgemeinen schleppend, nur vereinzelte Lebhafte. Es wurden erzielt je Hektoliter 1928er Ortenberger Bergwein 100 M, Blantenhorner Gutedel 110 bis 111 M, Ortenberger Sphaener 130—140 M, Blantenhorner Muskateller 182 M, Leutershäuser Riesling 167 M, Reuweiler Riesling 120 M, Durbacher Riesling 182—201 M, Adfarrer Müller 180 M, Blantenhorner Müller 220 M, Ortenberger und Durbacher Gledner 220 M, Durbacher weißer Bordeaux 240 M, Uggelsbacher Burgunder Rotwein 150 M, Zeller Burgunder Rotwein 190 M, Söhlh Staufener Rotwein 240 M, Waldulmer Pfalzberg Spätburgunder 243 M.

Eine zweite Verkügerung naturreiner badischer Weine des Vereins badischer Naturweinverkügerer ist in Offenburg vorgeplant.

Tagungen

Die erste internationale Tagung der Kraftomnibusunternehmungen wird in den Tagen vom 12. bis 15. April in Heidelberg stattfinden. Ausbau und freie Entwicklung des Kraftverkehrs sind die Leitmotive dieser bedeutamen Verkehrsveranstaltung.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterkonferenz in Karlsruhe

Unter Vorsitz des Landrats Dr. Baur fand am 4. März im Bezirksratsaal zu Karlsruhe eine Versammlung der Bürgermeister des Landbezirks statt.

Vor Behandlung einzelner praktischer Fragen aus der Verwaltung hielt Amtsgerichtsrat Dr. Ott, Karlsruhe, einen instruktiven Vortrag über die Gemeindegerichtsbarkeit unter Berücksichtigung besonders häufig vorkommender Fälle, woran sich eingehende Erörterungen angeschlossen, die zur Klärung dienen. Das „Freiwillige Tuberkuloseverfahren bei Kindern“ hat im Amtsbezirk Karlsruhe noch wenig Eingang gefunden; es wäre zu wünschen, daß alle Landwirte sich nicht der Einseitigkeit des Kupens dieses Verfahrens verschließen würden. Nachdem der Staat die Hälfte der tierärztlichen Untersuchungsgebühren erstattet, sollte jeder Viehhalter die 40 Pf. pro Stück Rindvieh im Jahre nicht scheuen, da diese Sparmaßnahme nicht am Platze ist. Die Bedenken, es könnten infolge des neuen Verfahrens besondere Auflagen für den Bau der Ställe erfolgen, konnten zerstreut werden. Es kann allerdings nicht genug darauf hingewiesen werden, daß beim Neubau von Stallungen für möglichst viel Luft und Licht (große aufklappbare Fenster) geachtet wird.

Nach Vortrag des Vorstandes des Kulturbauamtes Karlsruhe, Oberbaumeister Kessel, wurden die erforderlichen Maßnahmen angefaßt des Eisabgangs und möglicherweise eintretenden Hochwassers, im Bezirk eingehend besprochen. Auch die Beschreibung der Handhabung des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die durch einen lehrreichen Vortrag des Bezirksarztes, Med.-Rat Dr. Bruch, Durlach, eingeleitet wurde, gestaltete sich lehrhaft.

Bekanntgegeben wurde ein Erlass des Badischen Ministeriums der Finanzen über die Erhebung der Grund- und Gewerbesteuer von Landwirten und Gewerbetreibenden, wonach mit Rücksicht auf deren durch die anbauende Kälte geschaffene wirtschaftliche Notlage die Finanzämter angewiesen werden, bei Verreibung rückständiger Steuern die größtmögliche Rücksicht zu üben, sowie weitgehende Gesuche um Stundung und Erlass der Steuern zu berücksichtigen. Im Auftrage des Ministeriums des Innern legte der Vorsitzende den versammelten Bürgermeistern nahe, bei Erhebung der Grund- und Gewerbesteuer, sowie der Gebäudesteuer, in begründeten Fällen entsprechend zu verfahren.

Die Neuordnung in der Auszahlung der Arbeitslosenversicherungsbeträge, die ab 1. April durch für eine Anzahl von Gemeinden gemeinsame sogenannte „Außenstellen“ erfolgen soll, wurde einstimmig von der Versammlung mißbilligt. Man bezeichnete dieses Verfahren als große Härte gegenüber den Arbeitslosen, denen Wege bis zu 5 Kilometer zu den Auszahlungsstellen ohne Rücksicht auf die Bitterung zugemutet werden, und gab der Meinung Ausdruck, daß diese Einrichtung bald als unpraktisch beseitigt werden müsse.

Von der Städt. Sparkasse Forstheim. Die Reinsparlagen betragen auf 28. Februar 1929 16 212 492 M, die Zahl der Einleger 34 087.

Für Beschleunigung der Jüge der Murgaltalbahn. In einer Sitzung des Murgaltalverkehrsverbandes in Rastatt wurde auch der Fahrplan für den kommenden Sommer besprochen. Von einem Vertreter der Reichseisenbahndirektion wurde mitgeteilt, daß einige erfreuliche Verbesserungen eintreten, insbesondere drei weitere durchgehende Jüge eingelegt werden. Die vorgezogenen Wünsche gingen hauptsächlich dahin, die Jüge teilweise zu beschleunigen und so zu legen, daß sie an die größeren innerdeutschen Verbindungen über Karlsruhe, Rastatt, Freiburg, Mannheim, nämlich im Verkehr mit Berlin und Hamburg Anschlüsse erhalten, damit Fernreisende in Karlsruhe und Stuttgart nicht unnötig lange Aufenthalt oder gar keinen Anschluß haben.

Vollschulhausbau in Unterglöttental. In einer gemeinsamen Sitzung beschloßen die Bürgerausschüsse der Gemeinden Unterglöttental und Ohrensbach die Errichtung einer sechsklassigen Volksschule. Bisher bestand in Unterglöttental (rechts der Glotter) eine vierklassige Schule und etwa 200 Meter davon entfernt in Ohrensbach (links der Glotter), eine zweiklassige Schule, die eine sogenannte Hirtenschule war, wo im Sommer wegen des Gütefehens am Nachmittag unterrichtet wurde. Da die Zahl der Hirtenkinder aber sehr zurückgegangen ist, so wurde von der Schulaufsichtsbehörde den beiden Gemeinden eine Zusammenlegung der beiden Schulen vorgeschlagen.

Bürgermeisterwahl. In Sasbach a. R. wurde Bürgermeister Franz Weber mit 331 Stimmen wiedergewählt. Engelstein Ernst Eberenz erhielt 225 Stimmen.

Der Bürgerausschuß Neustadt i. Schw. bewilligte den erforderlichen Mehraufwand für Straßenbauten, Wasserleitung und die Kriegerehrenmäler auf dem Friedhof und das Fullbergkreuz. Die Gemeindesteuer für 1928/29 wurde auf 80% der Normalhöhe festgesetzt. Der Erweiterung des Schwimmbades und der Errichtung eines Sonnenbades wurde einstimmig zugestimmt. Die Neuordnung der Satzung der Stadtgemeinde Neustadt über die Dienstverhältnisse der Gemeindebediensteten wurde mit 32 gegen 36 Stimmen abgelehnt. Diese Satzungen sahen u. a. vor die Streichung einiger Stellen und die Einreihung leitender Beamter in ihre jetzige Stelle.

Der Gemeinderat Rehl hat beschlossen, die Bauarbeiten an der Oberrealschule unverzüglich fortsetzen zu lassen und den Krankenhausneubau alsbald zu beginnen. Die Kosten belaufen sich für die Schule auf 400 000 M. An Mitteln stehen insgesamt 300 000 M zur Verfügung, so daß 100 000 M noch nicht gedeckt sind.

Der Wohnungsbau in Freiburg. Im Jahre 1928 wurden in Freiburg 198 Gebäude erstellt, davon 162 Wohngebäude und 36 Gebäude für vorwiegend gewerbliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke. Die Zahl der neuerstellten Wohnungen beträgt 511 gegenüber 528 im Vorjahre. Mit Unterstützung öffentlicher Mittel wurden 112 Wohngebäude mit insgesamt 224 Wohnungen errichtet.

Die Straße Gmelingen—Schliengen. Unter zahlreicher Beteiligung von Behörden und Verwaltungen, von Verkehrsvereinen und Automobilklubs, fand am Sonntagvormittag in Schliengen eine große Kundgebung für die Schaffung einer würdigen Verkehrsstraße zwischen Deutschland und der Schweiz durch Oberbaden statt. Nebatteur Joller, Lörrach, gab einen Überblick über den Stand der Fragen. Zwei Parteien stünden sich gegenüber, die eine wolle den Ausbau der Landstraße I von Schliengen über Bellingen bis Ebringen, während die Rheintalgemeinden Bellingen, Lamlach, Rheinweiler, Kleintems und Jstein den Ausbau des Rheinstraßchens zu einer brauchbaren Verkehrsstraße fordern. Für den Ausbau der Landstraße I, Verbreiterung, Verbesserung, Befestigung der Kurven und Geländeunterzüge sind die Mittel bewilligt und die Vorarbeiten bereits im Gange. Andererseits liegen auch bindende Beschlüsse des Kreises Lörrach vor, das Rheinstraßchen zu einer Kreisstraße auszubauen. Der Ausbau soll abschnittsweise vorgenommen und frühestens in fünf Jahren durchgeführt werden. Aus der Aussprache ergab sich, daß der Staat und die Kraftfahrer dem Projekt I sympathisch gegenüberstehen, während die Rheintalgemeinden darauf hinweisen, daß die Führung durch das ebene Rheintal dem großen Verkehr viel zweckdienlicher sei. Nach eingehender Aussprache einige sich die Versammlung schließlich dahin, an dem Ausbau der Landstraße I, als dem im Augenblick im meisten Erfolg versprechenden Projekt, festzuhalten, daneben aber die Inangriffnahme des Baues der Rheintalstraße und seine beschleunigte Durchführung mit aller Energie zu betreiben. Eine entsprechende Entschließung brachte diese Stellungnahme zum Ausdruck.

Vom Hegaubahnausschuß. Am 10. März fand in Engen die Hauptversammlung des Hegaubahnausschusses statt, die von 31 Vertretern der interessierten Gemeinden und Verbänden besucht war. Nach einer regen Aussprache wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: 1. Der Hegaubahnausschuß hält an seinen seit 17 Jahren bestehenden Plänen für die Befestigung der Episthenen Zimmendingen und Engen im direkten Verkehr Stuttgart—Jülich fest. 2. Die Gründung des Schweizer-Hegaubahnverbandes mit Sitz in Jülich wird von der Versammlung lebhaft begrüßt. Die baldige Verwirklichung der Abkürzungsstrecke Engen—Schaffhausen soll in enger Zusammenarbeit mit diesem Verband angestrebt werden. Der erste Vorsitzende ist Fabrikant Sag in Tuttlingen. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Bürgermeister Dr. Miltner, Engen, einstimmig gewählt.

Der Bürgerausschuß von Niederschwörstadt hat die Eingemeinderungsverträge mit den Gemeinden Niederöffensbach und Oberschwörstadt mit 14 gegen 5 Stimmen bei 5 Enthaltungen genehmigt. Die beiden genannten Gemeinden haben sich schon vor einer Woche einstimmig für die Eingemeindung mit Niederschwörstadt entschieden.

Weil am Rhein. Der Gemeinderat von Weil hat nunmehr endgültig die Änderung des Ortsnamens Weil (Baden) in Weil am Rhein beschlossen. Die Bezeichnung der Ortsteile Weil-Leopoldshöhe, Friedlingen und Otterbach kommt dadurch in Wegfall. Der Bahnhof Weil-Leopoldshöhe erhält die Bezeichnung „Weil am Rhein Hauptbahnhof“, derjenige in Weil „Weil am Rhein-Ost“. Die Genehmigung des Staatsministeriums zu dieser Änderung ist beantragt.

Der Gemeinderat Waldshut beschloß zur Verbesserung der städtischen Wasserversorgung die Erweiterung der Zuleitung vom Schmühingertal, die Verlegung der Zuleitung von Fuchslochquelle, den Umbau der alten Leitungen in der Kaiserstraße und den Anschluß an den Hochbehälter der Reichseisenbahn-Gesellschaft mit einem Gesamtaufwand von rund 36 500 M.

Vom Stadttheater Freiburg. Für die kommende Spielzeit wurden der künstlerische Beirat Holter ten Hoonte und vom Schauspiel Theo Martin und Annh von Ortel, von der Oper Maria Eisner und Thea Eckstein weiter verpflichtet. Der bisherige Spielleiter der Oper, Kammerfänger Alois Gadowiger, wurde zum Spielleiter des Stadttheaters Kaiserlautern verpflichtet. Gadowiger ist weiteren Kreisen durch seinen Bayreuther Partifal von 1906 und 1908 bekannt geworden.

Zeitschriftenschau

Nach des Tages Mühen und Sorgen gibt es für uns wohl kaum einen besseren Freund als eine wirklich gediegene Zeitschrift, so wie es „Westermanns Monatshefte“ sind. In buntem Mannigfaltigkeit vermitteln sie literarische, künstlerische und wissenschaftliche Ereignisse aus unserem Kulturbereich und gewähren so genaueren Einblick in das künstlerische Schaffen unserer Zeit. Selbständig auftretende Kunstblätter halten Kennzeichnendes und Wesentliches für den dauernden Kunstgenuss fest. Der literarische Teil ist ganz dazu angetan, den verwöhnten Bedürfnissen der Jetztzeit zu entsprechen. In buntem Wechsel erzählt das soeben erschienene Märzheft von „Wachs Kunst der Fuge, Bildern aus dem Tessin, Mächtigkeiten der Welttraumfahrt, Chinesischen Delikatessen, Das Muhrland in der Kunst unserer Zeit, Auslandsdeutschtum und Frauenschaffen, „Jau!“ auf der Bühne, dem Raschennemischen, Räuberhistorien und historischen Räubern und anderen Dingen, die auch Sie interessieren!“ Zur Orientierung läßt der Verlag in Braunschweig den Lesern dieses Blattes, die Interesse für „Westermanns Monatshefte“ haben, actin ein Probeheft im Werte von 2 M gratis. Es sind lediglich die Postgebühren (30 Pf. in Marken) für die Zustellung der Probenummer einzuschicken.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruhe vergrößert sich. Der größte Teil der bisherigen Hardwaldgemarkung, etwa 1270 Hektar, soll mit Wirkung vom 1. April d. J. in die Gemarkungshoheit der Stadt Karlsruhe übergeführt werden. Andere Teile des nördlich der Landeshauptstadt gelegenen großen Wald- und Ausflugsgebietes will man verschiedenen Nachbargemeinden einverleiben. Diese Maßnahme erfolgt auf Grund des Gesetzes über die abgeordneten Gemarkungen vom Jahre 1921. Das Eigentumsrecht des Landesfiskus (Domänenrat) am Hardwalde bleibt unverändert.

Weidenkäufplätzen ist frostfrei. Zur Anzeige gelangten fünf Personen, weil sie in ihren Verkaufsläden wildwachsende Weidenkäufplätzen ankaufen und zum Verkauf anbieten.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. In den Niederungen hat die Nebeldecke gestern unverändert fortbestanden; in Hochlagen über circa 800 Meter herrschte dagegen besseres und etwas milderes Wetter. Mittel- und Nordwesteuropa wird wie bisher von hohem Druck bedeckt, doch ist in seinem Zentrum infolge Annäherung eines umfangreichen kräftigen ozeanischen Luftwirbels eine Schwächung festzustellen. Ein Tiefhoch über Süddeutschland wird aber bei uns wirksam bleiben, so daß mit fortwährender Auflösung der Nebeldecke gerechnet werden kann. Die neue Kältemasse im Rücken der nordosteuropäischen Tiefdruckgebilde dürfte durch die Annäherung des ozeanischen Luftwirbels im weiteren Vordringen aufgehalten werden. **Wetterausichten für Donnerstag:** Nur noch teilweise neblig, sonst heiter und trocken, weiterhin leichte Nachfröste, tagsüber etwas wärmer als bisher.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. B. Bruchsal, 13. März. In der gestern abend tagenden Sitzung der schon 1928 geplanten Ausstellung wurde einstimmig beschlossen, eine große Ausstellung für Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und Handel hier in den Gebäuden der früheren Dragonerkaserne zu veranstalten, und zwar in den Tagen vom 28. September bis 2. Oktober. Die finanzielle Frage ist seitens der in Betracht kommenden Faktoren bereits gelöst.

D. B. St. Blasien, 13. März. Am 27. Februar 1929 starb im Sanatorium St. Blasien der spanische General **Raouel Maurique de Lara**, bekannt als Vorsitzender der gemischten Kommission zum Austausch der griechischen und türkischen Bevölkerung in Konstantinopel. Dem hochverdienten General einer befreundeten Nation wurde in St. Blasien ein würdiges Begräbnis bereitet. Der Kriegerverein geleitete den spanischen General zum Grabe und gab eine dreimalige Ehrensalve ab.

Obd. Freiburg, 14. März. Im Alter von 63 Jahren ist nach kurzer Krankheit der Senior des Freiburger Domkapitels, der frühere Professor der Theologie an der Universität Freiburg, **Wirklicher Geistlicher Rat und päpstlicher Hausprälat Dr. Simon Weber**, verschieden. Der Verstorbenen wurde in Hohlingen im badischen Seekreis geboren.

Obd. Ailingen bei Bonndorf, 12. März. Zwei achtjährige **Soldatenschüler**, welche vor etwa acht Tagen verschwunden waren, als sie zum Nachhaken bestellt worden waren, sind nunmehr wieder aufgegriffen worden, und zwar im Kanton Glarus. Sie hatten die Absicht, noch weiter hinein in die Schweiz zu wandern, konnten aber infolge von Eis und Schnee nicht mehr weiterkommen und wurden dann von den Bewohnern zurückgeführt und der Polizei übergeben.

D. B. Konstanz, 13. März. Vor dem Erweiterten Schöffengericht Konstanz hat sich **10 Studierende des Technikums Konstanz** wegen **Zweikampf** im Sinne der §§ 203 und 205 StGB zu verantworten. Es handelt sich dabei um die bekannten Vorgänge, bei denen der 27 Jahre alte **Heinrich Abel**, dem ein Auge fehlt, eine starke Verletzung der oberen Schädelhaut durch einen Säbelhieb erlitt, so daß eine Überführung ins Konstanzer Krankenhaus notwendig wurde. Sein Gegner war der damalige zweite Chargierte der Verbindung **Germania-Austria**, der 22 Jahre alte **Hermann Dente**. Die anderen Angeklagten haben als Sekundanten, Kartellträger und Ehrenrichter bei der Säbelfechtermüßigkeit. Das Gericht verurteilte die beiden Hauptanten zu **4 Monaten Festungshaft**, die übrigen Angeklagten erhielten je **1 Monat Festungshaft**.

D. B. Basel, 13. März. Der auch in Baden bekannte Architekt **Eduard Fischer-Sarasin**, der eine ganze Reihe die Stadt zierende öffentliche und private Gebäude erstellt hat und u. a. 1904 die Neugestaltung des **Wasser Rathhauses** durchführte, ist im Alter von 85 Jahren gestorben.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	14. März		13. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.63	168.97	168.60	168.94
Kopenhagen 100 Kr.	112.24	112.46	112.24	112.46
Italien . . . 100 L.	22.075	22.115	22.05	22.09
London . . . 1 Pf.	20.437	20.477	20.439	20.479
New York . . 1 D.	4.211	4.219	4.2105	4.2185
Paris . . . 100 Fr.	16.445	16.485	16.44	16.48
Schweiz . . . 100 Fr.	80.985	81.145	80.97	81.13
Wien 100 Schilling	59.15	59.27	59.135	59.275
Prag . . . 100 Kr.	12.47	12.49	12.47	12.49

Der Privatdiskont wurde für beide Sichten um je 1/8 Proz. auf 6 1/2 Proz. erhöht.

Die Bank von Italien hat den Diskontfuß von 6 auf 7 Proz. erhöht.

Wilhelm Wolff u. Co. Pforzheim. Die Generalversammlung der **Wilhelm Wolff u. Co. Pforzheim**, die am 5. April stattfindet, soll einer Kapitalerhöhung um 340 000 Reichsmark zwecks Aufnahme der **Badischen Metallwarenfabrik** in Pforzheim zustimmen.

Actiengesellschaft Champagnerflaschenfabrik vorm. Böhlinger & Co. Aßern/Baden. Die Gesellschaft fordert ihre Aktionäre zum Umtausch ihrer Aktien im Nennbetrag von je 150 M in neue Aktienurkunden zu 1000 bzw. 100 M auf Grund der Goldbilanzverordnung auf.

Darmstädter und Nationalbank. Der Aufsichtsrat der Darmstädter und Nationalbank beschloß, der Generalversammlung vorzuschlagen, aus dem Reingewinn von 16,71 Millionen Reichsmark (16,27 Millionen im Vorjahr) eine Dividende von wieder 12 Proz. zu verteilen, dem Pensionsfonds für Beamte wiederum 5 Millionen Reichsmark zuzuführen. Auf neue Rechnung sollen 3,03 Millionen Reichsmark gegen 2,59 Millionen im Vorjahr vorgetragen werden. Die Reserveerhöhen sich damit auf 60 Millionen Reichsmark, also auf 100 Proz. des Kapitals, der Pensionsfonds für Beamte auf 5 Millionen Reichsmark.

Vertrag Raiffeisenbank-Preußentasse genehmigt. Die Generalversammlung der Deutschen Raiffeisenbank genehmigte am Mittwoch in Berlin mit 218 160 gegen 1393 Stimmen den Vertrag mit der Preußischen Zentralgenossenschaftsliste über die Vorbereitung der Liquidation der Deutschen Raiffeisenbank. Der Vertrag sieht vor, daß ab 1. April die Zentrale der Raiffeisenbank ihre Tätigkeit lediglich auf Abwicklungsgeschäfte beschränkt und von diesem Zeitpunkt an ihre Filialen direkt mit der Preußentasse verkehren. Die Gesamterlöse von 56 Millionen Reichsmark plus 4 Millionen Reichsmark Liquidationskosten werden mit 20 Millionen von der Raiffeisenorganisation selbst durch Abschreibung des Aktienkapitals und Herabgabe eines Teils der Reserven getragen. Das gesamte übrige Verlustrisiko übernimmt die Preußentasse. Um Härten bei einzelnen Aktionärgenossenschaften zu vermeiden, wird der Rest der Reserven sowie der Gewinn von 1928 in Höhe von 2,18 Millionen Reichsmark auf die Verbände verteilt.

Schweizerische Gesellschaft für elektrische Industrie, Basel. Auf das 80 Millionen Franken betragende Aktienkapital wird die Schweizerische Gesellschaft für elektrische Industrie, Basel, eine Dividende von 8 Proz. verteilen und der Spezialreserve den Betrag von einer Million Franken zuführen.

10 Jahre Badische Verfassung

Die billige Textausgabe

Die neue badische Verfassung

broschiert 30 Rpf., kartoniert 40 Rpf. ist im Verlag G. Braun in Karlsruhe erschienen

Für Schulen, Vereinigungen und Körperschaften bei Sammelbezug von 30 Stück an broschirierte Exemplare zu 25 Rpf., von 100 Stück an zu 20 Rpf.

Bei dem Arbeitsamt Mannheim ist auf Grund des § 28 Abs. 1 in Verbindung mit § 26 Abs. 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 die Bildung einer Abteilung für Angestellte angeordnet worden. Die Abteilung hat, unbeschadet der eigenen Zuständigkeit der einzelnen Arbeitsämter, der Arbeitsvermittlung und dem Ausgleich der männlichen und weiblichen Kaufmännischen und Büroangestellten in den Arbeitsamtsbezirken Heidelberg (Stützpunkt), Mannheim und Weinheim, außerdem der Arbeitsvermittlung der technischen Angestellten in dem eigenen Arbeitsamtsbezirk zu dienen.

Für die Vermittlung von Angestellten in der Landwirtschaft und im Hotel- und Gastwirtsgebetriebe ist die Abteilung nicht zuständig.

Gemäß § 28 Abs. 2, § 27 und § 6 des genannten Gesetzes werden die wirtschaftlichen Vereinigungen der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgefordert, Vorschläge zur Besetzung des zu bildenden Ausschusses für die Angestelltenabteilung **spätestens bis zum 25. März 1929** beim Arbeitsamt einzureichen.

Arbeitsamt Mannheim:

Der Vorsitzende:
gez. Dr. Lehmann.

Wochenbettspflegekurs.

In der Badischen Landesfrauenklinik Karlsruhe Kaiserallee 10 findet in der Zeit vom **1. Mai bis 31. Juli d. J.** ein

Ausbildungskurs für Wochenbettpflegerinnen

statt. Das Kursgeld für den ganzen Kurs beträgt 30 M. Gegen eine Vergütung von 2 M für den Tag wird Verköstigung in der Klinik getätigt; dagegen besteht daselbst keine Wohngelegenheit für die Kursteilnehmerinnen. Anmeldungen alsbald an die Direktion der Landesfrauenklinik erbeten.

Nähere Auskunft erteilt Frau Oberin A. Wipperfurthmann.

Karlsruhe, den 12. März 1929.

Wollen Sie Veränderungen in Ihrer Familie, seien es freudige oder traurige Ereignisse, Ihren Kollegen und Bekannten mitteilen, so erreichen Sie dieses durch eine Anzeige in der

Karlsruher Zeitung
BADISCHER STAATSANZEIGER

Jeder badische Beamte liest sie, jede badische Staats- oder städtische Behörde nimmt davon Kenntnis

Städtische Sparkasse Gaggenau.

Bilanz auf 31. Dezember 1928

Vermögen.	RM	Guthaben der Einleger.	RM
1. Kassenbestand	17 150,59	1. Spareinlagen	1 132 481,56
2. Wechselbestand	5 328,72	2. Depositengelder	27 943,-
3. Bankguthaben (Girozentrale usw.)	41 621,53	3. Schecks, Giro- u. Kontokorrenteinlagen	234 328,60
4. Darlehen in laufender Rechnung (mit gefehl. Sicherheit)	632 156,71	4. Anleihenkapitalien	130 000,-
5. Darlehen in laufender Rechnung (ohne gefehl. Sicherheit)	12 467,84	5. Schulden bei Girozentr.	120 721,74
6. Darlehen an Genossenschaften	10 656,50	6. Sicherheitsrücklagen	45 502,66 RM
7. Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften	214 218,20	Gewinn	8 830,93
8. Darlehen (langfristige Hypotheken)	757 232,90		
9. Immobilien und Mobilien	1,-		
10. Zinsenrückstände	8 975,50		
	1 699 808,49		1 699 808,49

Berechnung der Rücklagen:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 1 394 753,16 RM Einlagen 69 737,66 RM
Sie beträgt am Schluß des Jahres 1928 54 333,59 RM
Somit weniger 15 404,07 RM

Gaggenau, den 5. März 1929.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Der Geschäftsleiter:
Schneider, Bürgermeister. Drechsel.

Offenburg, D. 895 Gütertrennung unter Ausschließung aller Verwaltung und Rücknahme des Ehevertrags alsbald an die Direktion der Ehefrau vereinbart. Offenburg, den 6. März 1929.
Vab. Amtsgericht.

Lieferung von Straßenteer und Bitumen.

Die Badische Wasser- und Straßenbaudirektion in Karlsruhe vergibt gemäß Verordnung des Finanzmini-

Ziehungsergebnis

der für die Amtsbezirke Heidelberg, Mannheim und Weinheim genehmigten

3000 Stück Mainzer Pferde- und Geldlose.
Ziehung am 9. März 1929 unter Aufsicht des Kreisamts Mainz.

Gewinne i. B. von **10 RM:** 23855, 24554, 787, 974, 27 726.

Vorgewinne zu **5 RM:** 23 185, 339, 463, 740, 794, 868, 24244, 288, 24 570, 581, 701, 27 358, 858.

Vorgewinne zu **2 RM:** 23 063, 121, 129, 138, 173, 310, 314, 316, 23 432, 434, 455, 495, 681, 765, 780, 869, 905, 921, 946, 24 033, 24 042, 073, 233, 260, 280, 322, 391, 431, 507, 513, 617, 677, 24 757, 801, 951, 27 022, 099, 109, 139, 163, 220, 386, 428, 440, 27 455, 650, 671, 772, 782, 823, 876. 3.385

steriums über das Bedingungenstufen vom 20. Januar 1928 in öffentlichem Wettbewerb die Lieferung von etwa 6400 t Teer, 100 t Teer mit Bitumenzusatz und 670 t Bitumen zur Oberflächenbehandlung von Landstraßen in Baden im Jahre 1929 in mehreren Losen. Die Bedingungenunterlagen können von uns gegen Voreinsendung des Betrages von 1 RM bezogen werden. D. 715 Angebote mit der Aufschrift „Teer- und Bitumenlieferung 1929“ sind bis längstens Freitag, den 5. April 1929, vormittags 9 Uhr, verschlossen bei uns einzureichen, zu welchem Zeitpunkt die Öffnung der eingelaufenen Angebote stattfindet.

Zuschlagsfrist: 14 Tage. Karlsruhe, 13. März 1929.

Freihändler **Hubo Zverlauf.**

Badisches Forstamt Radolfzell, Freitag, den 22. März 1929, 30 fm Eichen, 3 fm Eschen, 565 fm Fichtenstämme und -abschnitte. Losverzeichnisse durch das Forstamt (Fernruf Radolfzell Nr. 246).

Wittwinkende: Blank, Fischbach, Geberlich, Magda Strad, Piegler, Borodin, Laufötter, Böfer, Wentwig, Derner, Felgitsch, Hofpach, Gschlinger Anfang 19 1/2, Ende 22 1/2, Preise C

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf frei gehalten

Sa., 16. März, zum erstenmal: Die große Gebammen-tanz.

So., 17. März, **Im Kongertshaus:** **Gura** — ein Jung.

Mo., 18. März, **Leinen aus Jralad.**

Di., 19. März, **Boccaccio.**

Im Kongertshaus: **Castipiel** des **Geschäftlichen**

Theaters Karlsruhe: **D' Pariser Meif**

Colosseum
Monat März täglich 8 Uhr
Sonntags 4 u. 8 Uhr
Schmitz-Weißweiler
die besten Komiker
Die türkischen Gurken

Badisches Landestheater
Freitag, 15. März
Volksbühne 3
Boccaccio
Komische Oper von Suppé
Dirigent: Stern
Regie: Strauß

Leser Bücher
Wissen ist Macht!